

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungbräut“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seltendorf, Neu-Salzherrn, Weißstein.

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100 Gehörsenig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleihen und Verkaufsanzeigen 6 Gehörsenig. — Retikulationen: Die Millimeterzeile 3 Gehörsenig oder deren Raum im Text 10 Gehörsenig.

Mittwoch, 24. September 1924

Abonnementspreis: Bei wöchentlich einmaligem Erscheinen monatlich 1,25 Gehörsenig. Bei wöchentlich 10 Mal Erscheinen durch Straßensender, w. Klasse 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Lebnitzgasse 10. — Postkontonummer Breslau Nr. 31089. — Fernsprecher: Breslau, 9837.

Der Internationale Jugendtag von Schupo überfallen!

Am Antikriegs-Rundgebungstage plante die kommunistische Jugend Schlesiens und der angrenzenden tschechischen Grenzgebiete eine Rundgebung. Diese sollte sich gegen den imperialistischen Krieg wenden und für den Klassenkampf gegen den Krieg richten. Jedoch hatte die Polizei von dieser Rundgebung Wind bekommen und versuchte sie mit allen Mitteln zu verhindern. Ihre Funktion als Polizeibüttel des internationalen Kapitals hat sie denn auch ausgeführt.

In Landeshut trafen sich einige Gruppen der K. S. Schon bei dem Durchmarsch zum Treffpunkt versuchte ein blauer Polizist der Truppe die Fahne abzunehmen. Dabei kam er jedoch schlecht an. Arbeiterkräfte ließen sich nicht so leicht ihr Banner entreißen. Als die selbe Truppe jedoch nach kurzer Rast in Landeshut wieder weiter marschieren wollte, wurde sie von der inzwischen alarmierten blauen Polizei ohne weiteres angegriffen.

Ohne die Auflösung der Truppe abzuwarten, gingen die Polizisten mit blauer Waffe auf die wehrlosen Jugendgenossen los.

Ihre größte Aufmerksamkeit widmeten sie der mitgeführten roten Fahne.

Um die Fahne entspann sich ein regelrechtes Gefecht. Unsere Jugendgenossen verteidigten mit den eigenen Wänterhaken die Fahne und wehrten die rücksichtslosen Schläge der Polizisten ab. Mit Hilfe von Stahlhelmläusen gelang es der Polizei, die Fahne dem Träger zu entreißen. Einen Stahlhelmläusen, welcher die Fahne trug, wurde diese wieder von einer Jugendgenossin entzogen. Nun setzte wieder der Angriff ein.

Mit erhobenem Stod ging ein Mitglied des Reichsbanners Schwarzrotgold auf die Genossin los. Diese verteidigte sich mit dem Fahnenstange. Von einem rückwärts ankommenden Polizisten erhielt die Genossin jedoch einen Säbelhieb über den Kopf, sodass sie die Fahne fallen lassen mußte. Hier dokumentierte sich deutlich:

ii: bewaffnete Einheitsfront des Stahlhelms, des Reichsbanners Schwarzrotgold und der Polizei gegen die Kommunisten und die Fahne der Arbeiterschaft.

Mit der Klüberströmten Genossin mußten dann die Jungkommunisten den Rückzug antreten, weil die Polizisten drohten, von den bereits schußbereiten Rebellern Gebrauch zu machen. Hierbei wurden noch einige Genossen verhaftet. Nach diesem Gefecht verlamelte sich die empörte Arbeiterschaft vor dem Rathaus.

Aber auch auf der Schneelippe war die Polizei mobil gemacht. Aus nahegelegenen Orten war die Gendarmen zusammengeholt. Eine andere Gruppe Jungkommunisten, welche in der Nähe der Schneelippe im Weisergrund rastete, wurde ebenfalls von mehreren Gendarmen überfallen. Das rote Fahnenstück hatte auch sie wild gemacht. Als die Polizisten und mehrere Kriminalbeamte herangekommen waren, war aber das Fahnenstück verschwunden. Erst durch Umwühlung sämtlicher Rucksäcke wurde das Tuch

gefunden. Auf die Frage an den Kriminalbeamten, ob denn die rote Farbe verboten wäre und warum denn die Fahnen sogar mit Schwarz-weiß-roten Fahnen demonstrieren konnten, wurde geantwortet:

Der preussische Innenminister Seevering hat das Tragen der roten Fahne verboten, weil diese eine Fahne einer polkischen Partei sei.

Die Schwarz-weiß-rote Fahne wird nicht als Parteifahne angesehen. So etwas trauen wir dem ehemaligen „roten Sozi“ und noch jetzigen Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gerne zu. Nur, Genosse Seevering, Sie bemächtigen doch allzu stark den Schwur der Wiener Sozialisten. Während in Wien am 21. September die Sozialdemokraten der 2. Internationale das von dem IWB geschenkte rote Banner einweihten und schwuren: „Wir wollen wir treu ergeben sein. Wir wollen wir unser Leben weihen, der Fahne Vorpurpur“, da geben Sie, Genosse Seevering, den Keiratn dazu: verbieten das Tragen der roten Fahne, lassen wehrlose Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen durch Ihre wildgewordene Polizei blutig schlagen, lassen Arbeiter verhaften und rote Fahnen beschlagnahmen.

Auch hier wurde die Fahne beschlagnahmt. Sämtliche Anwesenden wurden notiert. Um nun eine geschlossene Demonstration zu verhindern, wurden die Jugendgenossen auf verschiedenen Wegen laufen gelassen.

Nach Nachrichten von unseren tschechischen Genossen wurden auch die tschechischen Jungkommunisten daran gehindert, an der revolutionären Rundgebung teilzunehmen.

Die Machthaber wissen ganz genau, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat, wenn die revolutionäre Arbeiterschaft sich über die künstlich gezogenen Grenzen die Hände reichen und zum Klassenkampf erheben wird.

Junge und erwachsene Arbeiter! Wartet nicht, bis auch ihr von den Polizeihunden niedergeknüpelt werdet, wehrt euch gegen den weißen Terror. Verteidigt eure rote Fahne! Heraus zum Protest gegen die Polizeivillkür! Nehmt in den Betrieben und in allen Orten gegen die Brutalitäten des herrschenden Regimes Stellung. Entscheidet euch entweder für die rote Fahne der revolutionären Arbeiterschaft oder gegen sie und für die goldene Fahne der internationalen Kapitalisten. Kämpft mit den Kommunisten:

- Gegen den weißen Terror.
- Gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft.
- Gegen den imperialistischen Krieg.
- Für die Herausgabe der roten Fahnen.
- Für die Befreiung der politischen Gefangenen.
- Für die Bildung der fehenden O. W. G. Ordnung und
- ii: Aufrihtung der Macht der Arbeiterschaft.

Unter e) fällt der Satz von der 8. Zeile an weg und wird gestrichen.

Abfah h) muß ganz gestrichen werden.

Unter k) muß es heißen: Jeder Arbeiter hat bis zum letzten Tage seiner Beschäftigung Anspruch auf Ferien.

(Die Festlegungen betreffs Ferien sollen erweitert werden, so daß es dann nicht mehr heißt, daß ein Jahr im niederschlesischen Bergbau Beschäftigung nur Urlaub bekommen, sondern alle, die ein Jahr in einem deutschen Bergwerk gearbeitet haben, Urlaub erhalten. Die Forderung ist deshalb sehr wichtig, weil heute viele Bergleute gezwungen sind, in andere Orte Deutschlands, und sei es nur nach Oberschlesien, zu wandern. Weiter verlangen die oppositionellen Betriebsräte Verdoppelung der Ferientage d. h. wenn ein Arbeiter bisher drei Tage Urlaub hatte, bekommt er dann 6 Tage. Weiter fällt die Klausel weg, daß eventuell die Ferientage wegfallen und dafür Feriengeld bezahlt wird. Auch Anrechnung der Ferien auf Arbeitsverhältnisse sind nicht mehr anzurechnen. Ferner las der alte Manteltarif vor, daß Arbeiter, die selbst kündigen, keinen Anspruch auf Ferien haben, das fällt ebenfalls nach den Forderungen der oppositionellen Betriebsräte weg.)

§ 6. Die Kosten für Fortbildungsschule werden vom Arbeitgeber getragen.

(Es ist notwendig, daß den Unternehmern die Kosten der Fortbildungsschule aufgebürdet werden, denn diese ziehen durch Ausübung der billigen Arbeitskraft eines Vorkurs großen Nutzen.)

§ 7. Unter h) muß es heißen: Bedingearbeiter erhalten als Mindestlohn den tariflichen Schichtlohn (abzüglich 5 Prozent fällt weg). Weiter muß es heißen: Das Gehänge muß so vereinbart werden, daß mindestens 10 Prozent über das tarifliche Schichtlohn verbüht wird.)

Unter h) muß es heißen: Für Arbeiter, deren Arbeitskraft durch Alter, Invalidität usw. beeinträchtigt ist, erfolgt die Bezahlung grundsätzlich nach der Berufsgruppe, in der sie beschäftigt sind.

(Der alte Manteltarif hat vor, daß Bedingearbeiter 5 Prozent weniger als den Schichtlohn verdienen. Arbeitskraft durch Alter, Invalidität beeinträchtigt ist, das geht auch fortfallen soll. Bei Arbeitern, deren konnten die Unternehmer nach dem alten Tarif unerkörte Abzüge machen. Auch diesem Treiben ist nach dem neuen Entwurf ein Riegel vorgeschoben.)

§ 8. Für den Bergbau wird die wöchentliche Lohnabrechnung eingeführt.

(Sehr wichtig für die Bergarbeiter ist diese Forderung auf acht tägige Lohnabrechnung.)

§ 11. Es wird empfohlen, die Sätze für unverheiratete Arbeiter, Witwen und Waisen zu erhöhen.

§ 12. Die Arbeitsvermittlung erfolgt grundsätzlich im Einverständnis mit dem Betriebsrat.

§ 13. Die Bestehen, mit dem Zusatz, im Einverständnis mit dem Betriebsrat.

§ 18. Es muß heißen: Dieses Abkommen tritt mit dem 1. Oktober 1924 in Kraft. Es läuft vorläufig unauflösbar bis zum 1. Oktober 1925. Von dem Zeitpunkt an tritt eine vierteljährliche Kündigung in Kraft.

Die Löhne für Arbeiter über und unter Tage werden um durchschnittlich 100 Prozent erhöht. Die Arbeiter von 16 bis 20 Jahren unter Tage bekommen eine Aufbesserung, die für einen 16-jährigen Arbeiter 3,00 Mark, für einen 20-jährigen 4 Mark ausmacht. Die Löhne der unteren Gruppen werden um mehr als 100 Prozent erhöht, während die der besser bezahlten Gruppen unter 100 Prozent bleiben können.

Obwohl alle diese Forderungen, Zusätze und Abstreichungen noch lange nicht den Wünschen der Kommunisten entsprechen, unterstützen wir doch aus warmste die Beschlüsse der oppositionellen Betriebsräte. Es wird sich dabei zeigen, ob der B. D. gewillt ist, diese Beschlüsse zu unterstützen, die einzigen Forderungen, welche die nicht-erkörten Vorarbeiter annehmen können.

Hiller frei.

Ein Faustschlag ins Gesicht der Arbeiterklasse!

Die Freilassung Hillers zum 1. Oktober ist beschlossene Sache. Die Sitzung des Spruchkollegiums beim Landgericht das Ende dieser Woche ankommen soll, bedeutet lediglich eine Formalität. Gleichzeitig mit Hiller werden Kriebel und Weber freigelassen. Die Regierung hat bereits offiziös erklärt, daß weder der Staatsanwalt Einspruch gegen die Freilassung erheben werde noch die Ausweisung Hillers geplant sei.

Vor dem Eintritt in den Völkerbund.

Die alten imperialistischen Triebe erwachen wieder.

Heute vormittag 11 Uhr trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten der gesamte Rätebund zusammen, um über die Frage des Eintritts in den Völkerbund zu beraten. Wie verlautet, verlangt man vom Völkerbund die Anerkennung einiger Rechte.

Endlich ist auch die deutsche Reaktion bereit, durch ihren Beitritt dem Völkerbund das schließliche Geleit zu erteilen.

Die Kampfforderungen der Waldenburger Kumpels.

Die niederschlesischen Bergarbeiter stehen, wie alle Bergarbeiter Deutschlands, vor neuen Kämpfen. Am 30. September läuft der Manteltarif ab. Das benutzen die Grubenbarone, um den Kumpels noch niedrigere Löhne zu zahlen, noch schlechtere Arbeitszeit aufzubürden. Verschärftes Gend. Berufsverbot, neue ungeheure Not sollen in die Wohnhöcker der Bergarbeiter einkehren. Nur, weil moderne Kumpel noch mehr Geld und noch mehr Profite aus den Knochen der ausgemergelten Arbeiter pressen wollen. Die Zehngemäßigten fordern:

8-stündige Arbeitszeit für das engere Gebiet Waldenburgs, und neun-stündige Arbeitszeit für die übrigen Gruben des niederschlesischen Gebietes.

Damit glauben sie die Arbeiter gegeneinander auszuspielen zu können. Ferner wollen sie die Löhne abbauen, um die Kohle zu verbilligen. Aber der Profit wird nicht abgebaut. Die Deputatkolle soll nur noch zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Bisher hatten sie die Bergarbeiter frei. Weiter sollen die Ferien verschwinden.

Die Forderungen bedeuten insgesamt eine ungeheure Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Wenn sie nicht untergehen wollen, müssen sie kämpfen. Im Ruhrgebiet, in Mittelschlesien und in Schlesien rufen sie sich zu den großen Kämpfen und werden selbst zur Offensive übergehen. Bereits am vergangenen Sonntagabend tagte eine

Konferenz der oppositionellen Betriebsräte, die einstimmig den Bergarbeitern empfiehlt, folgende Forderungen zum Manteltarif an die Zehngemäßigten zu stellen.

Forderungen der niederschlesischen Bergarbeiter zum Manteltarif.

Der am 30. September abgelaufene Manteltarif bleibt bis auf gewisse, hier vorgeschlagene Änderungen bestehen:

- § 1. Bleibt in der alten Fassung bestehen.
- (Der alte Tarifvertrag sieht für alle Kohlenbergwerke Niederschlesiens die gleichen Bedingungen vor. Während die Unternehmer jetzt eine Trennung in Kern- und Aufkärner haben wollen, um die Geschlossenheit der Bergarbeiter zu hintertreiben.)

§ 2. Bleibt in der alten Fassung bestehen, mit der Forderung, daß § 2 sofort wieder in Kraft tritt.

Als Zusatz kommt unter Absatz g):

Zeiterfassung, die durch die Ausübung einer ehrenamtlichen Funktion (Gemeinde- und Stadtratsverordnete, Kreisräte, Kreisräte, bei Gerichtsverfahren, sowie sie als Angeklagte nicht in Betracht kommen) werden, wenn sie in die Arbeitszeit fallen, vom Arbeitgeber nach dem herrschenden Schichtlohn bezahlt.

(Die alte Forderung bringt den Arbeitern unter Tage sieben Stunden, und für Arbeiter über Tage acht Stunden. Das soll beibehalten werden mit dem Zusatz, daß ehrenamtliche Funktionen (Gemeinde- und Stadtratsverordnete usw.), deren Beidritung in die Arbeitszeit fallen, vom Arbeitgeber bezahlt werden. Bei den Angestellten ist das schon üblich.)

§ 3. Unter Absatz e) kommt als Zusatz:

Und der 1. Mai.
Absatz f) (wenn Absatz e) durchgeführt), freigegeben.
Unter Absatz k) muß es heißen:
Für Arbeiter am 1. und 2. Feiertag zu Ostern, Pfingsten, Weihnachten und am 1. Mai usw.

(Die Vorschriften über Überstunden, Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit sollen mit der Erweiterung bestehen bleiben, daß auch die nur notwendige Arbeit am 1. Mai als Sonntagsarbeit bezahlt wird.)

§ 4. Unter b) muß es heißen:

Voraussetzung für die Gewährung von Ferien ist eine einjährige Beschäftigung auf einem deutschen Steinkohlenbergwerk.

Der Satz: „entsprechend einer sechsmonatlichen ununterbrochenen Arbeitszeit bei demselben Arbeitgeber“ fällt weg.

Ferien werden allen Arbeitern von Tage ihrer Dienstzeit an nach Ablauf der Wartezeit berechnet und gewährt.

Unter c) muß es heißen:
Die angeführte Tabelle für Ferien wird durch verdoppelte Sätze ersetzt.

Wie verhindern wir den kapitalistischen Krieg?

(Schluß.)

Bevor man einen Krieg verhindern will, muß man die Frage stellen, welchen Krieg, Kautsky und die Sozialdemokratie wissen sehr genau, daß die Interessensphären Amerikas andere sind, wie die Englands und Frankreichs und umgekehrt. Und Kautsky schreibt in seinem Artikel zum 21. September sehr richtig:

„Der Völkerverbund selbst daran, daß er nur ein Bund der Regierungen und nicht der Völker ist.“

Die Regierungen sind die Vertreter der Kapitalisten-Luxurie, deren Interessen aus Konkurrenzgründen immer auseinander und gegeneinandergehen. Daher besteht auch der Völkerverbund aus genau denselben Regierungen, die aus Konkurrenzgründen 40 Jahre lang den Weltkrieg geführt hatten. Diesen Krieg, der im Zeitalter des Kapitalismus eine Naturnotwendigkeit ist, kann also Kautsky und sein gepriesener Völkerverbund nicht verhindern. Bleibt übrig der Krieg, den das Proletariat gegen den Kapitalismus führen muß. Hier zeigt sich, daß Kautskys Lösung durch den Völkerverbund eine Lösung gegen die Interessen des Proletariats ist.

Kautsky legt an einer anderen Stelle seines nach allen Himmelsrichtungen dehnbaren Artikels, „wie müssen aus dem Völkerverbund eine parlamentarische Vertretung der Völker und nicht der Regierungen schaffen“. Seine Ausweglosigkeit ist grenzenlos. Der große Demokrat weiß noch nicht einmal, daß die Regierungen von den Parlamenten der Völker gewählt werden. Diese parlamentarischen Regierungen sind eben die Vertreter der kapitalistischen Konzerns.

Der Völkerverbund hat in Genf seine letzte, große Tagung gehabt. Herriat, Lord Curzon, MacDonald, Loucheur (Wahlstimme konnte aus technischen Gründen nicht erscheinen) haben dort daselbst getan, wie am 21. September die Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Sie haben in einer überirdischen Tonart vom Frieden geredet.

Kautsky ist ein Renegat. Er weiß, was er tut und weiß, daß seine Politik des Völkerverbundes den Interessen des Proletariats zuwiderläuft. Er schaut sich daher auch nicht offen gegen Sowjetrußland zu hegen. In einem Absatz seines Artikels heißt es:

Sicher ist es, daß eine starke Macht hinter dem Völkerverbund stehen muß, sonst kann er durch jeden kriegslustigen Staat lahmgelegt werden.

Hier liegt der Haken im Meffer und Kautsky offenbart sich als Mann von Fleisch und Blut der Imperialisten. Er weiß sehr gut, daß alle Staaten, solange sie kriegslustig sind, Kautsky spricht aber von einem kriegslustigen Staat, und damit meint er Sowjetrußland. Die Politik der Imperialisten hat wenigstens ein gemeinsames Interesse, die Niederwerfung Sowjetrußlands, um die zwischen Arbeiter und Bauern und die russischen Bodenschätze für ihre „Demokratie“ zu erobern.

Indem Kautsky den Völkerverbund preist, preist er die Kautskypolitik der Imperialisten und entpuppt sich als ihr gewiegter Lakai.

Wir Kommunisten sind grundsätzliche Gegner des Kapitalismus und sind daher Gegner aller kapitalistischen Scheinlösungen. Auch aus Kautskys dringst manchermaßen marxistische Vergangenheit hervor. An einer Stelle seines Artikels heißt es:

„Die Kriegsgefahr von heute ist eine Folge der Friedensschlüsse von Genf.“ Mit diesem Satz zertrümmert Kautsky sein eigenes Wortgeplänkel und wird zum Ankläger gegen sich selbst gegen die Sozialdemokratie und gegen die 2. Internationale.

Verträge und das Londoner Abkommen sind die Friedensschlüsse von Genf. Die Sozialdemokratie erkennt diese Friedensschlüsse als den einzigen Rettungsweg an. Damit ist sie zur Hure des internationalen Räuberbaus und zum bewährten Kriegsförderer geworden. In Kautskys verästeltem Verstand hat sich ein klein wenig marxistische Logik erhalten. Mit einem richtigen Gedanken verfährt er die ganze Politik der Sozialdemokratie. Aber weil Kautsky ein Renegat ist, zieht er selbst nicht die Schlußfolgerungen aus seiner Auffassung, sondern endet in friedlicher Schwärmer beim Völkerverbund.

Die Kommunisten wissen, daß das Londoner Abkommen nicht die Gegensätze im Kapitalismus beseitigt. Die Kommunisten wissen, daß durch das Londoner Abkommen das Proletariat auf brutale Weise ausgebeutet wird und daß auch durch diese Ausbeutung nicht nur die Klassengegensätze, sondern auch die Gegensätze im Kapitalismus selbst verhärtet werden. Denn hat den Arbeitern der Welt zur Zeit des Krieges immer die richtige Antwort gegeben, indem er sagte: „Krieg dem imperialistischen Krieg.“ Das heißt kurz formuliert: „Auffrettung der Massen im ständigen Klassenkampf, um den Kapitalismus zu besiegen.“

Wir Kommunisten legen darum, nicht das Londoner Abkommen bringt den Frieden, nicht der Völkerverbund, sondern der kämpfende Kampf gegen das Londoner Abkommen und für die Macht der Arbeiter.

Edo Jimmen

über die russischen Gefängnisse.

Moskau, 21. September.

Edo Jimmen besuchte einen Teil der Moskauer Gefängnisse. Er interessierte sich besonders für das System der Besserung der Gefangenen durch sozialistische Mittel und durch Arbeit aus dem Gefängnis und sprach den Warden aus, nach seiner Ansicht aus dem Gefängnis, wobei er für eine Woche sich begibt, in Moskau die übrigen Gefängnisse zu besichtigen.

Um sich ein klares Bild über das Gefängniswesen zu machen, beschränkte sich Jimmen nicht allein darauf, die Gefängnisverwaltung zu besichtigen, sondern wandte sich direkt an die Gefangenen. Seine Furcht über das Gefängniswesen zu besichtigen, sagte Jimmen, daß er hier gesehen habe, habe ihn in Entsetzen gefüllt. Die Gefangenen in Sowjetrußland lassen sich mit den Gefangenen in den bürgerlichen Staaten gar nicht vergleichen. In den kapitalistischen Staaten ist der Häftling gar kein Mensch, sondern bloß eine Nummer. Die Lage und die Ordnung in den Gefängnissen machen den Eindruck, daß der Gefangene zwar von einem Angest. bestraft ist, aber auch in der Gefängniszeit bleibt er Mensch. Jimmen berichtete über die Ordele in den polnischen Gefängnissen an, wo die Kommunisten schmachten müssen.

Seine Besuche über Moskau, indem er mit der Gefängnisverwaltung und den Gefangenen sich gemeinsam beschäftigte.

Wahlerfolge der SPD. in Thüringen.

Sozial. Bei den Neuwahlen, die in Folge der Anwesenheitspflicht des Ortsamtsleiters notwendig wurden, erzielte die SPD. in Meiningen: SPD. 1, SPD. 3, Bürgerliste - 1, Sozialist. 1, SPD. 1, Bürgerliste 1 und 1 Wählerbeizung.

Chemalige Frontkämpfer und Jungproletarier

Kameraden!

Zum zehnten Male jährte sich der Tag des „rühmreichen“ Kriegesbeginns. Zum zehnten Male jährte sich der Tag, an dem Hunderttausende deutscher Proletarier von den Maschinen und Drehbänken, vom Pfug und aus der Schweißhütte weggerissen und in das „graue Ehrenkleid“ des Preußischen Militarismus gesteckt wurden. Das arbeitende Volk, dessen Lebensglück und Gesundheit schon immer das Ausbeutungsobjekt des internationalen Kapitals bildete, sollte jetzt zum ungeheuersten und blutigsten der Geschäfte auch noch sein nacktes Leben hergeben. Der Unternehmer gab dem General Profuta, die Strapazehengste traten an die Stelle der Fabrikarbeiter.

Die furchtbaren vier Kriegsjahre verschlangen ungezählte Millionen von Menschenopfern, zerstörten ungezählte Milliarden von produktiven Werten und dennoch — war das Ganze ein umgekehrtes Geschäft des internationalen Kapitalismus. Aus den Proletariaten aller Länder, aus dem Proletariat vor allem Deutschlands, wurden die Kosten der ungeheuren Vergeudung herausgepreßt, an der sich die internationalen Saifische „gesund“ machten. Aus demselben Proletariat, das sich in den Schützengräben dreier Erdteile abfackelte, mußte von den Granaten, Tanks und Bajonetten, die es selbst in elender Arbeitsfront fabrizieren mußte und an denen die Schwerindustrien ihre Riesengewinne machten, ehe sie sie auf Proletarier losließen.

Kameraden! Nie dürft ihr vergessen, was damals war! Nie dürft ihr vergessen, daß die vier Jahre des Werdens und Genußentwerdens nur um die Profitinteressen des Kapitals und seiner Senfenschnepfe gingen.

Es kam die „gottreife“ Revolution in den Novembertagen 1918, und ihr glaubtet, das Junter- und Kapitalistengeindel sei wenigstens in Deutschland für immer erledigt. Sechs Jahre sind seitdem vergangen:

1918—1924

Was ist geschehen? Nichts! Frecher denn je erheben die heldenhaften Kämpfer mit der blauen Brille, die Herren, denen das Stahlbad des Krieges so vorzüglich bekam, ihr Haupt. Kein Sonntag vergeht, ohne daß sie ihre Verbände in präponierender Weise aufmarschieren lassen, jene tausendfachen Verbände, in denen sie auf mannigfache Art das eine Ziel verfolgen: mit ihrem nationalistischen Geschrei den Arbeiter vergessen zu machen, wohin er schon einmal durch sie gebracht wurde; ihn von neuem schlagfertig zu machen.

Aber die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß doch nicht alles vergessen sein kann, was in jenen grauenvollen vier Jahren geschah.

Nicht alle deutschen Arbeiter werden wieder wie im August 1914 ganz so ahnungslos sich auf die Schlachtbank führen lassen.

Herriot preißt auf die Dawes-Bibel. 26-prozentige Ausfuhrabgabe.

Die Herriotregierung hat beschlossen, auf die deutsche Einfuhr eine 26-prozentige Reparationsabgabe zu erheben. Die Auslegung der Abgabe soll ein praktisches Verfahren für die Übertragung weiterer Reparationszahlungen an Frankreich sein.

Die Abgabe soll in folgender Weise erhoben werden: Der französische Einfuhrzoll entrichtet der französischen Zollbehörde bei der Erhebung der normalen Zölle 26 Prozent von dem Werte des Gegenstandes, der abgabepflichtig ist. Er mußdem keinem Lieferanten daher nur noch 74 Prozent von dem Betrage der Rechnung. Man nimmt an, daß die 26-prozentige Abgabe Frankreich eine jährliche Einnahme von 250 Millionen Franken bringen wird.

Die Wiedererführung der 26-prozentigen Abgabe durch Frankreich wird in deutschen Regierungskreisen als ein sehr unannehmliches Mißtrauensverhältnis empfunden. Die Regierung erklärt, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Maßnahme die deutsche Währung sehr ernst gefährde. Unerschütterlich sei es, besonders darauf hinzuweisen, daß die Durchführung des Dawes-Vertrages dadurch sehr beeinträchtigt werde. Zusammenfassend müsse vom deutschen Standpunkt aus festgestellt werden, daß die französische Maßnahme inhaltlich dem Dawes-Vertrage widerspreche, daß es insbesondere zur Ausschaltung des Transfersagenten bedente.

Mit diesem Schritt der Herriot-Regierung werden so ziemlich alle „grünigen“ Seiten des Dawes-Planes über den Haufen geworfen. Der Londoner Pakt als eine höchst wichtige Deutschlands an Reparationen in den ersten Jahren vor. Alle Zahlungen sollen durch die Hand der Reparations- und Transfer-Agenten gehen. Herriot preißt auf diese Bestimmung. Er nimmt sich direkt 250 Millionen Franken im ersten Jahr. In diesem ersten Jahr sollte Deutschland insgesamt 200 Millionen in barem Geld an das Ausland zahlen. England nimmt sich das kleine 20-prozentige Abgabe auch sein Teilchen. Es ist nicht einzusehen, warum sich Belgien und die anderen kleinen Mächte nicht auf ähnliche Weise ihren Raubteil überheulen sollen. Davons kann sich eine hübsche runde Summe ergeben, die die „vorgesehenen“ Zahlungen weit übersteigt.

Mit diesem Justizfall der einzelnen Mächte beginnt der Kampf um die Aufhebung der Seite untereinander. Der erste Schritt bedeutet schon das völlige Umschmeißen aller sogenannten „Transferbestimmungen“. Dort war doch schon ausgeklügelt, wie erst die mancherlei Kommissare über Verteilung von bezugslos werden. Man sagte England: was ich hab', das hab' ich, und Herriot legt es ihm nach.

Natürlich hat die Reichsregierung auch recht, wenn sie jammert, daß durch diese Maßnahmen die deutsche Währung gefährdet wird. Denn was der deutsche Exporthandel an Devisen weniger bekommt, das soll er von der Reichsregierung in Mark vergütet erhalten. Für die deutsche Ausfuhr, die keine Devisen nach Deutschland einbringt, sondern nur die Mark verkehrt, ist ein neues Loos geschaffen.

Die deutsche Sozialdemokratie wollte die Arbeiterklasse einen klaren Namen auszusprechen wollen über stabilisierten Frieden und Gerechtigkeit zu eben Seiten der Dawes-Bibel. Jeder Schritt der Durchführung dieses Plans zeigt aber nur mit wachsender Deutlichkeit die brutale Willkür des Londoner Abkommens: die deutsche Wirtschaft ist den Imperialisten aufs Geratewohl ausgeliefert. Die Jede all dieser „Durchbrechungen“, die in Wirklichkeit die Durchführung des Paktes sind, sollte die Arbeiterklasse in der Form von Kameraden, Sozialist, Hungerlo, bezahlen. Die bevorstehenden „Sachverhalte“ und „Veränderungen“ mit dem Imperialismus werden die Augen anderer Dawes-Gläubigen öffnen.

lassen. Darum geht man heute geschickter vor und versucht, die für den Imperialismus nicht so ohne weiteres „überlässige Elemente“ einzufangen in der Organisation der „verfassungstreuen Republikaner“, dem

Reichsbanner Schwarz-rot-gold.

Gegen den Faschismus, gegen die Annahmen der Nationalisten, gegen die Monarchie so polst man aus. Und auch die Kommunisten, natürlich, soweit sie gegen die demokratische Republik sind, sagt man etwas leiser hinzu. Und bei solchen Unternehmungen ist ja bekanntlich das leiser Gesagte das Wesentlichere.

Wer da je geglaubt hat, der schwarz-rot-goldene „Papphelm“ würde gegen den schwarz-weiß-roten „Stahlhelm“ wirklich jemals etwas unternehmen, der wird durch die Ereignisse der letzten Monate eines Besseren belehrt sein. So kurze Zeit das „Reichsbanner“ lebt, um seine wahre Gestalt zu zeigen, lebt es lange genug. In den paar Monaten häufen sich die Feldgottesdienste, die Paraden, die zweifelhaften Rundgebungen, republikanischer Generäle, häufen sich vor allem die Ueberrfälle auf Arbeiter und das Zusammenwirken mit der Polizei.

Schwarz-rot-goldene Bakfischen.

Sollen die Durchführung des Sachverständigengutachtens und der Erfüllungspolitik aus den Knochen des Proletariats herausgehoben werden. Die Geldgeber des „Reichsbanners“ sind dieselben Leute, die die Sakentkreuzler finanzierten, als sie sich noch nicht mit dem Ententekapital über die Verteilung des Gelds geeinigt hatten, das nun mit aller Macht dem arbeitenden deutschen Volk über die Ohren gegossen werden soll.

Kameraden! Proletarier!

So darf es nicht kommen! Wenn die Bourgeoisie die proletarischen Frontkämpfer unter der Schwindelparole „Schwarz-rot-gold“ sammeln und ablenken will, dann müssen wir zeigen, wir Klassenbewußten proletarischen Frontkämpfer, daß wir die Methoden der Unterdrücker durchschauen, daß wir für uns selbst anwenden wollen, was wir im Dienste des mörderischen Imperialismus lernten: Disziplin und Organisation! Ein Roter Frontkämpfer-Bund ist rings im ganzen Deutschen Reich im Entstehen.

Jeder Proletarier, der im Schützengraben für den Kapitalismus kämpfte, jeder Jungproletarier, der in den Wirtschaftskämpfen der Nachkriegsjahre seinen Mann stand — sie alle gehören in den „Roten Frontkämpfer-Bund“!

Sie wollen nicht mehr Opfer sein, nicht mehr Objekte eines Kampfes, der gegen ihre eigenen Interessen geht, sie wollen die Kraft ihres Körpers und Geistes, ihr ganzes Können und Wollen einsetzen für die Interessen des Proletariats, für sich selbst!

Geedts Parteiverbot verfassungswidrig. Das ist das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts. Trotzdem wütet der Staatsgerichtshof weiter.

Das Hamburger Amtsgericht hat Geedts Parteiverbot für verfassungswidrig erklärt.

Da diese Entscheidung für die Justizbehörden den Zwang ergibt, Tausende unrechtmäßig Verurteilter außer Strafverfolgung zu setzen und zu entschädigen, beantragte der Generalstaatsanwalt in Hamburg die Revision.

Am 18. September 1924 hatte sich das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg mit dieser Revision zu befassen. Die Verteidigung machte dem Hanseatischen Oberlandesgericht klar, daß der Reichspräsident durch seine Verordnung vom 26. September 1923 den alten Preussischen Belagerungszustand in verschärfter Weise eingeführt hatte, obwohl die Nationalversammlung in Weimar, durch den Mund des Reichsministers Preuß, des Verfassers der Weimarer Verfassung, unter Zustimmung aller Parteien erklärt hatte, daß der Belagerungszustand des alten Preussischen Reiches überlebt sei, und daß die neue Reichsverfassung frei von jenem Geist der Unterordnung unter den Militarismus sein müsse.

Das Hanseatische Oberlandesgericht hat die Berufung der Staatsanwaltschaft Hamburg zurückgewiesen und die Kosten, einschließlich der Verteidigung, der Hamburgischen Staatskasse auferlegt.

In der Begründung seiner Stellungnahme erklärte das Hanseatische Oberlandesgericht füngemäß, daß der Reichspräsident nach dem klaren Wortlaut der Verfassung nicht berechtigt ist, Maßnahmen wie das Verbot einer Partei durch militärische Befehlshaber treffen zu lassen. Der Reichspräsident mußte Ziel und Richtung der von ihm gewünschten Maßnahmen selbst angeben und nach dem von ihm geleisteten Eid, die Verfassung und die Geetze des Reichs wahren, solche Anordnungen der Militärbefehlshaber, die er nicht mit seinem Namen beden wollte und konnte, zu verhindern bzw. unverzüglich rückgängig zu machen.

Das Hamburger Oberlandesgericht hat also das Verbot der SPD. durch den General Geedt für ungültig erklärt.

Aber trotz dieser Entscheidung setzt der politische „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ seine unerhörten Verurteilungen wegen Fortsetzung der SPD. fort.

Die 11 Elberfelder Arbeiter, die bis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, erhielten diese barbarische Strafe auch wegen Fortsetzung der SPD.

Das Leipziger Zuchthausurteil ist rechts- und verfassungswidrig! Die Urteile über Tausende anderer Opfer des Geedtschen Ausnahmezustandes sind verfassungswidrig! Aber trotzdem will der Staatsgerichtshof immer neue Schreckensurteile gegen Kommunisten wegen Weiterführung der SPD. verhängen. Am 25. und 26. September soll die ganze frühere SPD-Bezirksleitung von Württemberg wegen dieser Beschuldigung abgeurteilt werden.

Ein Sturm des Protestes muß gegen diese Praxis durch die Reihen der Arbeiterklasse gehen. Dieser Staatsgerichtshof ist eingeseht auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik, das von vornherein von den Kommunisten aufs schärfste bekämpft wurde, für das aber die Sozialdemokraten agitierten und stimmten. Und nun? Mierel Reaktionen und wie viele revolutionäre Arbeiter hat der Staatsgerichtshof in die Zuchthäuser und Gefängnisse gesteckt? Der Staatsgerichtshof ist zu einer Terrorwaffe zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung geworden. Daher Schluß mit diesem Staatsgerichtshof, w! mit dem Republikenschutze. Heraus mit dem unrechtmäßig Verurteilten! Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen. Her mit der Kammer!

Breslau

Revolutionäre Gedankwelt.

Am Sonntag, den 28. September, vormittags 10 Uhr, findet in den Zentralballsälen eine revolutionäre Feier zum Gedenken

der 1. Internationale

statt. Genosse Jost Fröhlich wird die Gedenkrede halten. Der weitere Teil des Programms wird durch Rezitation, Gesang und Sprechchor ausgefüllt. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Die Mitglieder des Singschors „Cos“ müssen am Sonntagabend, abends 7 Uhr, im „Roten Bären“ zur Probe erscheinen.

Achtung! Zellenoberte und Bezirksoberte! Heute, Mittwoch, den 24. September, abends 7 Uhr, unbedingt wichtiges Material abholen.

Achtung! Zellenkassierer und Bezirkskassierer. Die noch ausstehenden Kampfbüchlein müssen bis spätestens Sonntagabend abgeliefert werden.

Bezirk Ost. Freitag, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung bei Franke, Bauernstr. 10. Alle Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen. Referent ist anwesend.

Jugendgenossen und -genossinnen!

Ortsgruppe Breslau.

Es ist Pflicht eines jeden, bis zum 1. Oktober freigeberisch organisiert zu sein.

Alle diejenigen, die es noch nicht sind, müssen dies sofort nachholen. Ihr müßt erkennen, daß nur eine starke revolutionäre Mitgliedschaft die Gewerkschaften vorwärtsrücken kann, aus dem Fahrwasser der schwarzen-goldenen in ein wirksames der roten Arbeiterpolitik. Besucht die Heimabende des freigeberischen Jugendartikels, besucht und arbeitet ebenso in den einzelnen Berufsaktionen, und die freien Gewerkschaften werden wieder das, was sie sein müssen: Säulen der Klassenbewussten Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus.

Am Donnerstag, den 25. September, findet in der „Wratklatwa“ eine öffentliche Protestversammlung des freigeberischen Jugendartikels gegen die drohende Einschränkung des Arbeitsdienstpflichtjahres statt. Restlos müssen dort unsere Jugendgenossen und junge Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten sein. Hinzu in die freien Gewerkschaften, ist auch unsere Lösung.

Ortsleitung der K.P., Breslau, Abt. Gewerkschaften.

Ein neuer Raubzug auf die Taschen der proletarischen Mieter.

Kaum ist die neue Schröpfung der proletarischen Mieter durch Erhöhung der Miete auf 66 Prozent des Friedensfußes perfekt geworden, da beißt sich der Magistrat der Stadt Breslau den Wucher der Hausagrarier noch zu überbieten. Er schlägt den Stadtverordneten

die Erhebung von 100 Prozent Zuschlag auf die Hauszinssteuer vor.

obwohl ihm bekannt ist, daß diese Steuern auf die Mieten umgelegt wird. Der Betrag für diese neue, infame Auswucherung der proletarischen Mieter würde in der Zeit von Oktober bis April 1960 000 Mark betragen.

In einer Zeit, in der die überwiegende Mehrheit der in den Breslauer Betrieben beschäftigten Arbeiter mit einem Stundenlohn von durchschnittlich 18 Mark nach Hause geht, in einer Zeit, in der trotz der schwindelhaften Aufwindungen von der Preisverbilligung die wichtigsten Lebensmittel täglich im Preise steigen, wagt es der Magistrat der Arbeiterstadt die Erhebung der Hauszinssteuer um 100 Prozent zu zumuten. Derselbe Magistrat, der es ablehnt, die Miete für die Erwerbslosen zu bezahlen, sticht Arbeitern für Miete den letzten Pfennig vom Munde weg.

Auch die Erwerbslosen würden selbstverständlich von der Erhebung dieser Steuer betroffen werden, weil die Hauszinssteuer die Zinssteuer auf alle Mieter abwägt. Es ist die höchste Zeit, daß die proletarischen Mieter den unerträglichen Hausagrarier und den sie an Wuchererschamtheit noch übertreffenden Magistrat endlich ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegenstellen. Ein allgemeiner Streik der Mieter muß die Antwort auf das neue Attentat auf die Taschen der proletarischen Mieter sein.

Aus der Provinz

Die Bergwachtbribe.

Die „Schlesische Bergwacht“ und neuerdings auch die „Sächsische Bergwacht“ ziehen immer neue Lügen über uns an den Haaren herbei, um ihr böses Gewissen wegen des Stadtbankrotts zu beruhigen.

In der Nr. 21 hat die „Bergwacht“ ausgerechnet, daß wir die Nacht. Sie E.P.D. in Berlin erledigt“ bereits nachmittags, also vor den Versammlungen gewußt haben. Wir nehmen ihr das gar nicht so übel, denn sie bezieht ja ihre Meldungen aus der „Sächsische Bergwacht“ und „Bergwacht“, während wir noch 1 Stunde vor Redaktionsschluss (nachts 11 Uhr) telefonisch mit Berlin in Verbindung stehen und deshalb über wichtige Vorgänge am Abend unterrichtet sind.

Weiter hat die „Bergwacht“ für ihre fleißigen Genossen einen „Jugendstolz“ von der Art, die wir nicht übel finden, aber unsere Waldenburger Stadteordneten in einer Weise her, die zeigt, daß die E.P.D. ihre Felle wegschütten nicht. Es wäre Verschwendung, auf diese Minderheiten einzugehen, denn die Arbeiter würden es uns übel nehmen, wenn wir uns auf das „Glow-Down“ hinab begeben würden.

Am 21. hat die „Bergwacht“ noch ein Freudenfest über eine verunkelt kommunistische Hochburg. Wir können ihr die Freude, denn diese Genossen, die sich von der E.P.D. der E.P.D. wiederzuwenden, waren nie Kommunisten. Wenn aber die „Bergwacht“ glaubt, davon die Ohnmacht der kommunistischen Gewerkschaften her zu kommen, viel Glück!

Der „Bergwacht“ Mut werde bald in der Gewerkschaftsbewegung genau so ruhig werden, wie in der Stadtbankrottsfrage wo ihr so bewundernswürdig schweigt.

Ein tüchtiger Genosse!

Genosse Scholz (Waldenburg) ward in einer Stunde über 20 Mitglieder für die „Rote Hilfe“ Genossen machts nach!

Aus der Partei.

Die Mitglieder der A.P.D. Ortsgruppe Liebau, Richard Kirchner, Josef Albrecht, August Schaal, sind aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, weil sie die Beschlüsse der Partei nicht anerkennen.

A.P.D., Bezirksleitung Schlesien.

Achtung! Ortsgruppen-Sitzungen. Achtung!

Eine ganze Anzahl Ortsgruppen haben die Sammelstellen zum Bezirkspartietag noch nicht abgerechnet. Dergleichen stehen noch für August mehrere Abrechnungen aus. Wir fordern die Ortsleitungen auf, bei den Kassierern darauf hinzuwirken, daß die Abrechnungen sofort vorgenommen werden.

A.P.D., Bezirksleitung Schlesien.

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Wiesbaden, 21. September.

Das Ortsartikell der freien Gewerkschaften hatte für nachmittags 4 Uhr zu einer öffentlichen Antikriegskundgebung aufgerufen. Die gut besucht war.

Als erster Redner sprach Kühnerl von der E.P.D. Er hielt eine scharfe Rede gegen den Krieg, die trotz größter Rungenanstrengung noch nicht einmal den Beifall seiner Parteigenossen hervorlocken konnte. Er erzählte alle E.P.D.-Kamellen, vom schönen MacDonald, vom häßlichen Krieg und vom kommenden Völkerring.

Unser Genosse Gluckauf rechnete als zweiter Redner ordentlich mit den Pfaffen der Kriegskreditbewilliger ab. Er zeigte die Ursachen des Entstehens des Krieges auf, gab einen genauen Ueberblick über das Verhalten der E.P.D. und machte salben Anweisungen klar, daß die E.P.D. Krieg dem imperialistischen Kriege die wichtigste ist.

An eingehendem Material bewies er das angeheure Raffen aller Völker unter dem Schutze der 2. Internationale.

Er erwiderte braulenden Beifall. Mit der Internationale wurde die Kundgebung geschlossen.

Landeshut. Ortsausgang der freien Gewerkschaften. Wie durch Zauberstab in den hiesigen Betrieben belagert wurde, ist die Rechtsauskunftsstelle des Arbeitersekretariats im Gasthof zur Sonne, eine Treppe, jeden Mittwoch, abends von

5 1/2 bis 8 Uhr für Rechtsuchende

geöffnet. Im Interesse aller Kollegen und Kolleginnen liegt es, im Bedarfsfalle davon Gebrauch zu machen. Gleichzeitig werden Beschwerden über Durchbrechung der gesetzlichen Bestimmungen, der tariflichen Vereinbarungen usw. entgegengenommen.

Staubitz. Wozu die E.P.D. Gemeindefraktion ihre Ruhe gebraucht hat! Am 19. September beirat zum erstenmal wieder die E.P.D.-Fraktion das Gemeindeparlament. Die Baderelle in den Alten Biber mag jedoch recht wenig Zeit zur Vorbereitung einer Offensive gegen die Bürgerlichen im Interesse unserer Straßburger Proleten, Witwen und Waisen übrig gelassen haben. Alle Anträge im Interesse der Arbeiter hatte man dem einen Kommunisten überlassen. Doch eins hielt man doch für notwendig. Der E.P.D.-Amtsvorsteher Rappil beantragte den Ausschluß der Zuhörer, welche nicht in der Gemeinde anständig sind. Da es sich gerade um Arbeiter handelt, eine würdige Einweihung ihrer neuen Aera.

Aus den oberen Kreisen Waldenburgs.

Kommunisten-Verfolgung!

Am Freitag wurde unser Genosse Lindner angeblich wegen schweren Landfriedensbruchs vom Jahre 1919 und Fuchverdrach verhaftet. Es ist dies ein Skandal ohne Gleichen, wenn heute Genosse Lindner wegen Fuchverdrach festgenommen wird, wo er bereits vier Jahre in Grotzenberg fest anständig ist und ohnedies schon vier Monate ohne Aburteilung in Eisen im Jahre 1919 in Untersuchungshaft gesessen hat. Hier und alle anderen Rechtsbrecher werden auf freien Fuß gesetzt, damit man dafür unsere Genossen und revolutionären Arbeiter hinter Schloß und Riegel bringen kann. Dies ist eben die glorreiche Demokratie in Deutschland, der reinen Rechtschaffenheit. Wir fordern scharfe Freilassung unseres Genossen Lindner und aller politischen Gefangenen.

Gottesberg. Etwas von der Arbeiterfreundlichen Polizei. Wir haben schon oft und deutlich den Unerschrocken dieser Ordnungshüter in Ausübung ihres Dienstes bei den Arbeitern gegenüber den übrigen Mitbürgern des Ortes gefestigt. Es ist niemals ein Beamter zu sehen, wenn die treuesten Helden des Nachts herumgröhlen, so daß kein Mensch Ruhe findet. Kommt zufällig mal ein Beamter in ihre Nähe, so tun sie, als hören und hören sie nichts. Aber wenn der Arbeiter, den führt man gar bald gefesselt ab. Es ist dann auch bei Strafenmühen wahrnehmen. Den Beschuldigten ist erlaubt, zu jeder Zeit, ob Verbot oder nicht, in geschlossenen Formationen und größeren Gruppen herumzuwandern, wegen Arbeiter gar bald von der arbeitshungrigen Polizei auseinandergetrieben werden. Die Arbeiter werden sich das zweifelhafte Maß gut einprägen, um bei Erbringung der Nacht daselbe auf unsere heutigen Feinde anzuwenden zu können.

Hirschberg. Die Menschen vergessen! Schnell, waren die ersten Worte des E.P.D.-Genossen Gärner, Gärner, in seiner Ansprache in der Nie wieder Krieg-Versammlung in Hirschberg. Wie schnell die Menschen vergessen, sei nur kurz gezeigt in einer Gegenüberstellung seiner Ausführungen mit den Daten der E.P.D. von 1914-18.

Gärner: Die Menschen vergessen sie schnell — die Erklärung der E.P.D. bei der Bewilligung der Kriegskredite 1914.

Gärner: Der Schrei, das Vaterland ist in Gefahr, nein, der Weltkrieg ist in Gefahr — am 5. August 1914 in der Rheinischen Zeitung, Köln (E.P.D.). „Zur Pflicht, ihr Freunde, gleichviel, wozu auch das Schicksal stellt! Ihr kämpft für die Kultur Europas nicht für den Weltkrieg, für die Freiheit eures Vaterlandes und euer eigenes Wohlergehen.“

Gärner: Die Kirche war ein Teil des Krieges, sie kannte die Waffen — im August 1924 wurden die Pfaffen von Ketz und Ketz auf dem Katholikentag in Hannover als die Träger der Kultur aus der Welt begriffen.

Gärner: Wer hat die Daten auf dem Gewissen? — Scheidemann in seinem Reichstagsgruß 1915: Kameraden zu Wasser und zu Lande, ich drück' Euch herzlich die Hand. Halte aus bis zum endgültigen Siege.“

Gärner: Jeder Krieg bringt Verluste an Volkstraft. — Die Metallarbeiterzeitung“ schrieb: Sozialismus, wozu wir bliden.“

Gärner: Hurra schreist du, nichts tatest du wider den Krieg. — Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpen, hoffentlich für immer.“ (Schrift der „Courier“ (Organ der Transportarbeiter) am 25. Oktober 1914.

Gärner: Wer kann Menschen zwingen? — Der Oberleitungsleiter Koch, Hamburg, denunzierte revolutionäre Arbeiter beim Generalkommando.

Gärner: Der Weg zum Frieden, die Einheit der Arbeiterklasse — Wir haben uns zum Burgfrieden bekannt, denn wir müssen nach außen einig sein, um den Krieg zu einem glücklichen Ende führen zu können,“ sagte Reichstagsabgeordneter Bauer bei Kriegsausbruch.

Der Burgfrieden mit den Kapitalisten im Krieg, der Burgfrieden mit den Kapitalisten im Dawesplan nach dem Kriege ist der Weg, den die E.P.D. geht, ein Weg, der zwingt zum Berrat an der Arbeiterklasse. Allen ehrlichen Arbeitern in der E.P.D. muß dies zum Bewußtsein kommen.

Am Schluß spielte die Arbeiterjugend die Internationale, in welche die Kommunisten kräftig einstimmten, und dazwischen lagen die Drogen wie Mehlade. „Wacht auf, Verbannte dieser Erde“ haben sie gewiß verlernt, zu singen; es würde ja auch zu schön zu ihren Lagen passen. Das Hoch auf die Weltrevolution als der einzigen Sicherung proletarischen Friedens, suchten sie in kräftigen Handclatschen zu begraben.

Betrieb und Werkstatt

Neue Ausbeutungsmethode im Eisenbahnausbesserungs-Werk Sagan.

In einer vom Betriebsratsvorsitzenden Artl einberufenen Betriebsversammlung wurde zu dem neuen Ausbeutungssystem genannt Gedingssystem, Stellung genommen. Es ging um die wichtigsten Punkte ein und erklärte den vorliegenden, hat er in der kurzen Versammlung das neue Ausbeutungssystem eingehend besprochen. Er skizzierte den Punkt 1 bei der Bedingvereinbarung, nach welchem die Abteilungsleiter den Arbeitern die Bewertungszulage einsehen. Durch dieses System werden viele sehr schlecht abnehmen, denn nach Ziffer 9, Absatz 1 bestimmt die Werkstatt die Höhe der angegebenen Zulage. Das bedeutet eine vollständige Ausschaltung der Betriebsleitung. Die Werkstatt (Abteilungsleitung) wird nicht mehr nach der Leistung fragen, sondern nach Kunst einsehen. Kollege Artl schlug vor, sämtliche Handwerker und Einzelgehilfen, Arbeiter zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzurufen, um zu besprechen, wie diesem System am wirksamsten entgegengetreten werden kann. Kollege Gregor ging auf die Ursachen dieses Systems ein und führte aus, daß diese Neuerung sich aus dem Ermächtigungsgesetz ergeben, welchem die E.P.D. zustimmte. Durch dieses Gesetz werden den Arbeitern 2. Arbeitsstunden, Lohn- und Personalabbau, Urlaubsfürzung, Entlohnung der Betriebsräte, Stückzeitfürzung und das neue Bedingssystem aufgebürdet. Am diesem Bedingssystem auch kein richtige Prägung zu geben und damit zur erhöhten Ausbeutung zu ermöglichen, sitzen bei der Verwaltung Beamte, welche dazu berufen sind, die Arbeiter im Lohn zu schmälern und im Ueberverdienst zu brücken und sich so als echte Kapitalisten der Ausbeutung erweisen. Aber alle diese Verschlechterungen konnten nur eintreten durch die Ruhe und langs Geduld der Kollegen. Da wo alles geschluckt und gebuldet wurde, wurden die Beschäftigten rechtlich durchgeföhrt. Die ehemalige Betriebsratsvorsitzende Weste stellte in hübscher Gestalt die Ausführungen des Kollegen Gregor als politischen Vortrag hin und sagte, daß er glaube von der neuen Betriebsvertretung praktische Vorschläge zu hören. Kollege Artl wies zum Schluß darauf hin, daß er am Eingang seiner Ausführungen praktische Vorschläge gemacht habe und er als Betriebsratsvorsitzender tun werde, was er im Interesse der Arbeiter tun kann. Die praktischen Vorschläge der Gewerkschaftsopposition sind und waren diesem Heuchler besaß. Er wußte, daß wir stets gegen eine solche unerhörte Ausbeutung durch Afford und Bedinge gewesen sind, die nur mit Hilfe der Gewerkschaften E.P.D., A.P.D., G.P.D. zustande gekommen ist.

Kollegen aufgewacht! Wenn ihr nicht auf dem Posten seid und weiter so ruhig und geduldig verhaltet, wird euch bald kein Stundenlohn mehr garantiert werden. G. R.

Mißhandlungen auf der Heiliggrube.

Wie auf anderen Orban die Schikanierung ist, so treten auch jetzt auf der Heiliggrube die Herren Beamten immer frecher auf. Sie gehen so weit, daß sie sich an den Arbeitern vergreifen und sie mißhandeln. In der veranordneten Woche hat der Oberhäuer Ehrlich einen Arbeiter so geschlagen, daß dieser einige Tage arbeitsunfähig war. Als sich der Oberhäuer beim Bergverwalter beschwerte, wo auch der Oberhäuer zugegen war, wurde er mit Entlassung bedroht und mußte nächsten Tag die Arbeit wieder aufnehmen.

Werkspolizei.

Jeder Prolet in Berg- und Metallbetrieben weiß, daß die Direktion einen Spitzapparat zur Beobachtung der Belegschaft aufstellt. Nach außen hin hat die Werkspolizei, soweit ihr sichtbarer Teil in Frage kommt, einen neutralen Anstrich; notwendig zu sein, zum Schutze der Werkanlagen gegen Beschädigungen. Die Zahl, Unfälle im Betrieb, Sicherung des Wertes der Nacht usw. Der eigentliche Zweck ist aber die Beaufsichtigung der Arbeiter und Angestellten. Mit der Polizei, besonders der la. Polizei immer ein enger Zusammenhang. Der Austausch der Berichte über die Arbeit, politischer Aktivitäten findet statt. Die Werkspolizei selbst besteht zum großen Teil in den leitenden Stellen aus ehemaligen Beamten der politischen Polizei. Finanziert wird diese Unternehmerrunde, gewöhnlich aus einem Detachement, zu dem die Inhabanten auf Grund der Größe der Belegschaft einen gewissen Prozentsatz beisteuern müssen. In einer Reihe von Zeitungen werden im Anzeigentisch solche „Kriminaltechnisch“ gehalten Klatsch gefucht, manchmal so plump, daß in einem Fall es wegen einer Annonce zu einer Beleidigungsklage gekommen ist. Da hieß es: „Fabriknachrichter geucht, geeignet für abgebaute Beamte und frühere Offiziere.“

Auf diese Annonce hin reichte der Deutsche Offiziersbund Beleidigungsklage wegen E.P.D. und des Aulehens des deutschen Offiziersstandes. Das betreffende Werk wurde denn auch tatsächlich beturteilt. Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil dieser Werkspolizei aus ehemaligen Offizieren und Beamten besteht.

In den Deutschen Betrieben Spandau und Havelberg a. H. liegt die Leitung des Sicherheitsdienstes in den Händen eines ehemaligen Polizeihauptmannes, der sogar im Auftrag des Reichskommissars zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung arbeitete. Auch hier erfolgt die Finanzierung aus einem Geheimfonds, der sich in den Händen eines bekannten Geheimrats befindet. Für die Bewaffnung ist ein Betriebsleiter des

Eine Woche dem Aufbau der Partei!

Genosse, hast Du schon Deine Pflicht als Vorständer erfüllt? Wann wird Ortsleitungsaktion einberufen?

Werkes verantwortlich. Bis vor kurzem bestand die Werk-
polizei aus insgesamt 140 Mann, von denen allein 83 Mann
als Hilfsarbeiter zur Beseitigung der Arbeiter angestellt sind.
Diese erhalten außer ihrem Normallohn einen Extrazuschuß
von 85 Prozent, der ihnen durch Voren in ihre Wohnung zu-
geführt wird. Die Arbeiter werden verurteilt als „Ermittlung
in wirtschaftlichen Angelegenheiten“. Die übrigen 57 offen-
stehenden Beamten sind fast durchweg ehemalige Kriminal-
beamte. Zur Beseitigung der Angehörigen ist eine besondere
Abteilung vorhanden, die unter der Leitung eines Herrn aus
der Personalabteilung steht.

Andere Genossen erleben aus all dem, daß das Unter-
nehmen seinen Apparat im Betrieb immer mehr ausbaufähig
ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiter Gegenmaß-
nahmen organisieren müssen, also Ausbau des Widerstandes
in der illegal arbeitenden Betriebszelle.

Ein Menschenjünger.

Zu der von uns in der Nr. 27 vom 3. September 1924
unter der Überschrift: „Ein Menschenjünger“ gedruckten Notiz
wird uns nachstehende Berichtigung übermittelt:

1. Es ist nicht richtig, daß Herr Kogwa die bei ihm beschäftigten
Arbeiter 12 oder 14 oder sogar 18 Stunden beschäftigt,
vielmehr dauert die Beschäftigung lediglich 8 Stunden und
tatsächliche Arbeitsdauer höchstens 5-6 Stunden.

2. Es ist nicht richtig, daß die Arbeiter mit 60 Mark monat-
lich abgefunden werden, vielmehr wird an sie der tarif-
mäßige Lohn gezahlt.

3. Es ist nicht richtig, daß Überstunden, sofern solche
überhaupt geleistet werden, nicht bezahlt werden. Deshalb
ist es auch unrichtig, daß ein Arbeiter wegen Forderung der
Bezahlung von Überstunden „rücksichtslos“ seine Entlassung
erhalten hat.

4. Ebenso ist es unrichtig, daß der „Slavenarbeiter“ Kogwara
ein nicht imperierbarer Zwangsarbeiter sei. Herr Kogwara ist vielmehr
ein Geburt preussischer Staatsangehöriger.

5. Schließlich ist es ebenso unrichtig, daß die Arbeiter mit einem
25 Kilogramm schweren Hammer hämmern müssen, der frag-
lich: Hammer wiegt höchstens 5 Kilogramm.

Ein Sozialdemokrat als Diener des Kapitals.

In der Draht- und Seilfabrik A. Deichsel in Gindenburg
arbeitet der sozialdemokratische Stadtverordnete Stefan
Kunze seit Beginn des Weltkrieges 1914. Viele Jahre vor dem

Sonntag, den 28. September:

Bezirkskonferenz der Banarbeiteropposition Schlesiens.

Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiterbund, eine O. m. b. H.,
und die Stellung der Opposition. Referent: Genosse Bach-
mann - Berlin. 2. Unsere Arbeit im Bezirk. 3. Wahl der
Bezirksfraktion.

Allen in Frage kommenden Orten geht noch eine genaue
Nachricht über Ort und Zeit zu. — Die geladenen Gruppen
müssen unbedingt erscheinen.

Kunze hauferte er mit Zeitungen, mit der „Volkswacht“, „Freie
Presse“, „Gazeta robotnicza“, und dem „Wahren Jakob“. Mit
dem Beginn des Weltkrieges stellte die Sozialdemokratie den
Kampf gegen den Kapitalismus ein, sie bewilligte die Kriegs-
kredite half das Hilfsdienstgesetz schaffen, zeichnete Kriegsanleihe
von Partei- und Verbandsgeldern, welche Eigentum der Ar-
beiter waren und verlängerte den Krieg. Die Sozialdemokratie
stellte ihre Presse für den Kapitalismus, sowie für den im-
perialistischen Weltkrieg ein. Alle Tage jubelte sie in ihren
Berichten, wieviel Proleten an der Front gefallen sind. Na-
türlich fürs Vaterland. Bald gefiel das den Proleten nicht
mehr und sie hörten auf die Zeitungen, die ihnen Stefan Kunze
ins Haus brachte, zu lesen. Stefan Kunze verlor dadurch seine
Gründung und mußte zum Deichsel arbeiten gehen. Da Stefan

arbeiten mußte, verlor er jede Liebe zum Sozialismus und
Kapitalismus. Obwohl beim Metallarbeiterstreik im
Januar das ganze Werk streikte, hat Stefan als Sozial-
demokrat Streikbrecherdienste geleistet. Während
des großen Streiks im Mai hat Stefan wiederum Streikbrecher-
dienste geleistet, obwohl seine Organisation, der Metallarbeiter-
verband dem er angehört, den Streik ausgerufen hat. Der
Dank für seinen Verrat ist nicht ausgeblieben. Jetzt hat ihn der
Kapitalist Deichsel zum Lohn für den Arbeiterverrat auf vier
Wochen nach dem Bade M-Helbe, welches Eigentum des
Deichsel, ist zur Erholung geschickt. Nach der Rückkehr aus dem
Bade wird Stefan noch viel gefügiger sein und er wird seinem
Herrn bald aus der Hand freissen. Wir gratulieren Dr. Stefan!
Ein Arbeiter.

Bei der Fa. A. Deichsel Drahtwerke und Seilfabriken in Gindenburg

arbeitete einst der Drahtzieher und Sozialdemokrat Ernst
Strofa. Nach dem Ausbruch der Revolution 1918 wollte er
die ganzen Antreiber aus dem Werk auf der Karre raus-
schaffen. Der Meister A. bei dem Strofa gearbeitet hat, durfte
sich längere Zeit im Werke nicht sehen lassen, da ihn sonst
der Sozialdemokrat Strofa auf der Karre rausgeschafft hätte.
Die Direktion des Werkes war nicht dumm gewesen. Sie machte
den Sozialdemokrat Ernst Strofa zum Meister, was er
heute noch ist und das Rausfahren mit der Karre hat auf-
gehört. Durch die Beförderung zum Antreiber wurde er
vom Kapitalist gekauft und ist heute schlimmer wie der Meister,
den er einst auf der Karre rausfahren wollte. Herr Meister
Strofa, wenn durch Ihre Hilfe der Kapitalist Deichsel noch
stärker sein wird, wird er auch Ihnen für den Arbeiterverrat
den Fuhrort geben.

Ein Arbeiter.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belle,
Breslau; Korrespondent: Artur Müller, Breslau; Verlag: Pro-
duktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. O. m. b. H.,
Breslau. Druck: Neubaer-Verlag, Filiale Breslau.

Theater
Mittwoch, 24. 9. 1924.
Stadttheater
„Die Nacht“
„Hans Schickel“
Rohde-Theater
„Pastor Seel“
Theatertheater
„Perle von Paris“
Schauspielhaus
Das Spiel im Vorraum
Städt. Theater
Der neue Vorstellungsplan

Schauspielhaus
Operettenabende
Tel. Ring 2545.
Mittwoch 8 Uhr:
„Das
Weib
im
Purpur“
Sonntag nachm. 3 Uhr:
„Ratje,
die Tünzerin.“

**Victoria-
Theater.**
Mittwoch
„Hinkemann“
Ernst Toller.

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.

Viehpolizeiliche Anordnung.

Bei einem im Stadteil Waldenburg-
Altstadt getöteten hirschen Hund ist
die Tollwut amtstierärztlich festgestellt
worden.

Zum Schutze gegen die Tollwut ist auf
Grund der §§ 18 ff. des Viehschutzgesetzes
vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. Seite 519)
mit Ermächtigung des Herrn Ministers
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
folgendes bestimmt worden:

Sämtliche Ortsteile des Landkreises
Waldenburg bilden einen Sperbezirk.
In diesem Sperbezirk sind sämtliche
Hunde an solchen Plätzen an die Kette zu
legen oder einzusperrn, welche fremden
Hunden nicht zugänglich sind.

Der Festlegung gleich zu achten ist das
Führen an der Leine der mit einem sicheren
Maulkorb versehenen Hunde.

Die Ausfuhr von Hunden ist nur mit
ortspolizeilicher Genehmigung nach vor-
heriger tierärztlicher Untersuchung gestattet.
Von den Ortspolizeibehörden kann die
Festlegung der Hunde angeordnet werden,
die den Vorschriften der §§ 1 und 2
entgegen im Sperbezirk frei umherlaufen
zu lassen.

Gegenüber den Anordnungen werden, soweit
nicht durch § 28 des Viehschutzgesetzes
höhere Strafe verhängt ist, nach
§ 74 ff. des Viehschutzgesetzes vom
26. Juni 1909 (R. G. Bl. Seite 519) bestraft.
Diese Anordnung tritt mit dem Tage
ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Ausübung wird erfolgen, sobald
die Gefahr beseitigt ist, jedoch nicht vor
Ablauf von 3 Monaten für der die Sperre
gegenüber den Anordnungen.

Gottesberg, den 22. September 1924.
Die Polizeiverwaltung.
Dr. Meißmann.

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein.

Betrifft Feuerlöschpflicht!

Im 4. Vierteljahr (Oktober/Dezember)
1924 ist der III. Bezirk, umfassend Flur-
straße, Mühlengasse und Mittelstraße bei
Ausbruch eines Feuers löschpflichtig.
Antrreten der Löschpflichtigen auf der
Brandstelle.

Weißstein, den 20. September 1924.
Der Gemeindevorsteher.
R. Hertwig.

Amtl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Auf Anordnung des Herrn Landrats
in Waldenburg vom 18. September 1924
ist über den ganzen Landkreis Waldenburg
die Hundesperre verhängt worden.

In diesem Sperbezirk sind sämtliche
Hunde an solchen Plätzen an die Kette zu
legen oder einzusperrn, welche fremden
Hunden nicht zugänglich sind.

Der Festlegung gleich zu achten ist das
Führen an der Leine der mit einem
sicheren Maulkorb versehenen Hunde.
Die Benutzung der Hunde zum Ziehen
ist unter der Bedingung gestattet, daß sie
fest angeheftet, mit einem sicheren Maul-
korb versehen und außer der Zeit des
Gebrauchs festgelegt werden.

Die Ausfuhr von Hunden ist nur mit
ortspolizeilicher Genehmigung nach vor-
heriger tierärztlicher Untersuchung gestattet.
Uebertretungen werden auf Grund des
Viehschutzgesetzes bestraft.

Nieder-Hermsdorf, 22. Sept. 1924.
Der Amtsvorsteher.
E. Bergmann.

Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.

Betrifft Hundesperre.

Ueber den hiesigen Ort ist, zunächst
auf die Dauer von 3 Monaten, die Hund-
esperre verhängt worden.
Sämtliche Hunde sind an solchen Plätzen
an die Kette zu legen oder einzusperrn,
welche fremden Hunden nicht zugänglich sind.
Der Festlegung gleich zu achten ist das
Führen an der Leine der mit einem sicheren
Maulkorb versehenen Hunde.

Die Benutzung der Hunde zum Ziehen
ist unter der Bedingung gestattet, daß sie
fest angeheftet, mit einem sicheren Maul-
korb versehen und außer der Zeit des
Gebrauchs festgelegt werden.

Die Ausfuhr von Hunden ist nur mit
ortspolizeilicher Genehmigung nach vor-
heriger tierärztlicher Untersuchung gestattet.
Uebertretungen werden auf Grund des
Viehschutzgesetzes bestraft.

Nieder-Hermsdorf, 22. Sept. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Berufskalender

Breslau, 21. 9. 1924. Die Besatzung, den 24. Sep-
tember, abends 7 3/4 Uhr, Prosa- und Schu-
lerabend, den 25. September, abends 7 Uhr,
„Sankt-Anna“, Erbeinen Platz.
Freitag, den 26. September, abends 7 Uhr,
Kommunales Jubiläum, Referenten.
Sonntag, den 28. September, nachmittags 2 Uhr,
Herrn- und Frauenabend.
Gesellschafts-Abend, den 27. September,
abends 7 3/4 Uhr, im „Lorenz“, Kupferstraße-
Kasse, Gesellschafts-Abend, alle Angehörigen und
Freunde werden eingeladen.

Gewerkschaften

Breslau, Frickewald-Altstadt, Ionenkathol.
Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr,
„Sankt-Anna“, Referentenabend, gegen die
Einrichtung des Arbeitsdienstes, abends
Jedermann hat Zutritt.

Achtung! Billige Fahrräder

von 78.- Mk. an.
Reparaturen
sauber und billig.
Reparatur-Werkstatt
Gellhornstraße 28.

Beachtet!

bei allen Einkäufen
immer nur unsere

Insumenten!

Leihweise elegante
Rad-
und Rad-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, I. Tel. R.
1801, frh. Albrechtstr.

Einem neuen Leser, Genosse!

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser
Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfümerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 162
empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-
Bekleidung

Photographie
Rudolf Mai
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen
Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heintz
Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u.
Schmittenwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 741

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen
und Schnell-
besohlanstalt

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma
Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfehlen
Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Strasse 58

Kaufhaus
Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Strasse 10

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 69
Jeder Käufer probiere meine Rauchwaren
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn,
Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel

Warum habe ich die Sowjetmacht anerkannt?

Von Boris Samilow.

Warum habe ich die Sowjetmacht anerkannt? Die einen sagen, ich sei unaufrichtig, die anderen — ich sei ein Abenteuerer...

Ich kämpfte gegen die Bolschewisten seit Oktober 1917. Ich war in der ersten Schlacht bei Pulkowo und in der letzten bei Moskau...

Nach dem Oktoberumsturz glaubten viele, daß es die Pflicht eines jeden Russen sei, gegen die Bolschewisten zu kämpfen...

Wer glaubt jetzt noch an die Konstituante? Wer verurteilt noch den von den Bolschewisten geschlossenen Frieden? Wer glaubt noch, daß der Oktoberumsturz dem Zaren den Weg freigemacht hat?

Das oben Gesagte bedarf keiner Beweise. Und wenn es nur um diese nebensächlichen Gründe ginge, dann hätten wir schon längst die Waffen niedergelegt...

Auf die drei letzten Fragen ist die Antwort nicht schwer. Betrachten wir die Zahlen. Vergleichen die Anbauschläge in den Jahren 1916, 1922 und 1923. Vergleichen die Produktion von Kohle, Naphtha, Metallwaren und Baumstoffwaren im Jahre 1922 und im ersten Halbjahr 1924...

Der Gendarm von gestern, morgen zum Völkerverweigerer wird. Mir genügt die Wiederaufrichtung Russlands. Man wird mich fragen: aber wie dann aufrücken ohne Freiheit? Darauf antworte ich: Und wenn die Weissen gesiegt hätten, wäre keine Diktatur da?

Das alles ist bekannt. Allgemein bekannt in Russland, aber weniger bekannt im Auslande. Die Emigration lebt im Schreck — in Erinnerungen an Erschießungen und an Armut. Aber der Schreck ist ein schlechter Berater...

Ich sagte schon, daß sich geschlagen geben noch nicht bedeutet, die Sowjetmacht anzuerkennen. Wenn ich nur allein bestegt worden wäre, wenn nur der Verband zum Schutze des Vaterlandes und der Freiheit zerrinnert worden wäre...

Vor mehr als einem Jahre begann ich im Auslande über diese Erscheinungen nachzudenken. Vor mehr als einem Jahre sagte ich mir, daß die Ursache eine einfache und tiefe sein muß. Wir wollen wiederum unseren Fehler eingestehen...

Der Apfel ist auch innen rot! Das Alle ist abgestorben. Ein neues Leben ist entstanden. Dafür zeugt die Million Jungkommunisten. Die Arbeiter und die Bauern unterstützen ihre Sowjetmacht, die Arbeiter- und Bauernmacht.

Als ich unter dem Zaren meine Hinrichtung erwartete, war ich ruhig. Ich wußte, ich habe meinem Volke gedient, so wie ich konnte: das Volk ist mit mir und gegen den Zaren...

Mit einem solchen Gedanken ist schwer zu sterben. Und eben deshalb, weil das Volk nicht zu uns, sondern zur Sowjetmacht steht, und eben deshalb, weil ich als Russe nur ein Geiselle kenne — den Willen der russischen Bauern und Arbeiter...

Es gibt noch einen Umstand, der gebietet die Anerkennung der Sowjetmacht diktiert. Ich meine die Verbindung mit den fremden Staaten. Wer kämpft, ist abhängig von den Ausländern, den Engländern, Franzosen, Japanern und Polen. Ohne Basis ist unmöglich zu kämpfen...

Nun, und wenn man sie nicht anerkennt, was bleibt da übrig? Mit wem soll man da gehen? Von den Monarchisten will ich nicht reden. Sie mögen sich um die „Chronikanten“ a. S. zanten. Ich spreche von denen, die das arbeitende Russland aufrichtig lieben...

Vieles war mir schon im Auslande klar. Aber erst hier in Russland, wo ich mich mit eigenen Augen überzeuge, daß man nicht kämpfen kann und darf, sagte ich mich endgültig von meinen Träumern los. Und ich weiß, daß ich nicht allein dasteh...

Wir lieben Russland und darum erkennen wir die Sowjetmacht an.

September, 1924.

Inneres Gefängnis.

Verstörer und Revolutionäre

gedruckte Aufzeichnungen von M. Kaniowski. Aus dem Russischen überfetzt von St. Rubicki.

„Auf den Wolken wächst keine Gerste.“ Ich sagte dem Zemi schuschnikoff, „und vom Mars kommen noch keine Transporte.“ Er soll wohl von der Erde leben, aber sie nicht beachten...

Schon zu Anfang unserer Tätigkeit bemerkten wir, daß die Verbreitung unserer Literatur und die größten Schwierigkeiten bereiten würde. Zwischen unserem Kreis und der übrigen Studentenschaft war ganz von selbst eine abnennende Leere entstanden...

Schwäche erkannt hatte. Wir hatten unsere Druderei lieb gewonnen und glaubten alles, was ihr irgendwie Nützlichkeit verlieh. Selbst Jascha vermaß keinen Spott, wenn er unter seinen Abhandlungen den drohenden Stempel des Komittees der Abrechnung sah. Das Konspirationsgeheimnis war Niesschajeffs Manier...

wir mußten sie persönlich heimlich in mehr oder weniger bekannte Wohnungen werfen. So bildeten wir uns dennoch ein, daß die ab und zu bei uns erscheinenden Studenten, die sich durch verabredete Stichworte oder geheime Zeichen legitimierten, zu einer großen ganz Russland mit einem Netz von Gruppen umspannenden Organisation gehörten...

Wer beschrieb aber unter Staunen, als eines Tages im Zimmer Brenneffens unser Wästrenschin Schulk erschien, der Mann mit der „Seele“ und dem „Pflichtbewußtsein.“ Er war sauber frisiert und sorgfältig gekleidet wie immer, stotterte nur ein wenig und sah blaß aus. Auch er war erstaunt uns zu sehen. Bestürzt wiederholte er hartnäckig einige Male: „Auf keinen Fall kenne ich eure Gesichter und ihr dürft meines auch nicht kennen.“ Er brachte uns Listen mit Stempel und Unterschrift für Geldsammlungen und hatte zu bestellen, daß Wassiljew ins Ausland fahren müsse...

(Fortsetzung folgt.)

Unternehmerbittel und ADGB. Hand in Hand.

Die Offensiv gegen die kommunistische Partei wird von Tag zu Tag härter. Auf der einen Seite stellt der Staat seine Machtmittel ein, auf der anderen Seite treten die großen Unternehmerverbände, die viele ehemalige Funktionen des Staates an sich gerissen haben, immer stärker im Kampf gegen die kommunistische Partei hervor und lassen gegen sie, ihre Spitze los. Beweis dafür sind nachfolgende Rundschreiben von süddeutschen industriellen Verbänden:

Arbeitsgeberverband der Elektro-
Betriebs- und Installationsfirmen in
Baden, der Pfalz und den angrenzenden
Bezirken.

Rundschreiben Nr. 43. Mannheim, den 8. Sept. 1924

An unsere Mitglieder
Beitrag kommunistische Umtriebe.

Es liegen bestimmte Unterlagen vor, daß seitens der kommunistischen Zeitung eine außerordentlich rege illegale Propaganda in den Betrieben erfolgt. Insbesondere wird diese Propaganda mit der Bildung von sogenannten kommunistischen Betriebszellen aus unzuverlässigen Mitgliedern der AP, getrieben und weiter liegen bestimmte Nachrichten darüber vor, daß in großem Umfange sogenannte Betriebszellen-Zeitungen von Hand zu Hand weitergeleitet werden. Wir bitten dringend, dieser Bewegung größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle Beobachtungen über die Bildung sogenannter Betriebszellen-Zeitungen uns umgehend mitzuteilen. Ferner gestatten wir uns, in der Anlage Abschluß eines uns zugegangenen Berichtes über die Internationale Arbeiterhilfe zur gest. Kenntnisnahme übergeben zu lassen, da der Bericht von allgemeinem Interesse sein dürfte. Auch über etwaige Beobachtungen in dieser Hinsicht bitten wir uns in Kenntnis zu setzen.

Schachtlingsvoll
Die Geschäftsstelle
gez. Sachfeld, Syndikus.

In der Anlage wird über die Internationale Arbeiterhilfe gesagt: „Nach dem nunmehr vorliegenden Material, wir verweisen hierbei besonders auf die 11. und 12. Seite der kommunistischen Zeitung, Berlin 1924, Verlags-Gesellschaft des ADGB, die authentisch und hier verändertes Material über die I.A.H. bringt, muß festgestellt werden, daß die I.A.H. neben der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale und verschiedenen kommunistischen Internationale das 3. Hilfsorgan des bolschewistischen Staatsorgans darstellt.“

In den Rundschreiben werden all die Lügen wiederholt, die die Sozialdemokratie immer wieder gegen die I.A.H. vorgebracht hat. In diesem Beispiel aber wird klar gezeigt, wie eng Unternehmer und freie Gewerkschaften zusammen arbeiten. Die Arbeitsgemeinschaft wird hier praktisch durchgeführt und ist eine Arbeitsgemeinschaft der Konterrevolution gegen das Proletariat.

In einem Rundschreiben des Verbandes der Metall-Industriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke wird über die militärische Organisation der AP, orakelt. In dem Rundschreiben wird behauptet, daß der „Rote Frontkämpferbund“ eine Organisation, die von der Kampfabteilung der AP, geschaffen sei, darstelle. Schauergeräuschen werden über militärische Waffenkommissionen, die die Handgranaten in ihren Reisefloren verhehrt halten, und damit im Lande umherstreifen, erzählt. Auch hier sind die Lügen die alten Märchen, die immer wieder und wieder von gewissen Regierungsstellen der Öffentlichkeit aufgetischt werden. Man will in der Öffentlichkeit eine Hege gegen den „Frontkämpferbund“ einleiten, um ihn zu verbieten. Der Rote Frontkämpferbund hat oft genug festgestellt, daß er mit der kommunistischen Partei nicht identisch ist, wenn er auch allen revolutionären Organisationen, die mit dem Frontkämpferbund zusammen den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und das faschistische Reichsbanner Schwarzrotgold führen, innigste Verbundenheit. Die Arbeiter müssen auf die Hege gegen den Roten Frontkämpferbund genau so antworten, wie eine auf die Entstellungen über die Betriebszellenarbeit antworten werden: Vertiefung der Propagandarbeit in den Betrieben, Massenarbeit in den „Roten Frontkämpferbund“.

Arbeiterklub im „Kapitalistenrußland“. Ein Ehrendokument für die Sowjetregierung.

Äußerlich und dementsprechend verbreiten in der Sowjet-Revolutionäre Verlautbarung die bekannten Lügen, wie angeblich in Rußland die Arbeiter ausgebeutet, blutig unterdrückt und dem Kapital ausgeliefert werden. Wir haben diese Behauptungen schon oft durch maßgebende Parteien der Sowjet-Revolution widerlegt. Doch das wurde von den Sowjet-Organen als im Amt an der Sowjetregierung, geübtere Schatzkammer betrachtet. Am heutigen 14. September, ungenannt in der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ungenannt in der „Zugbrunnen“ ihren Leitartikel vom Sonntag, den 14. September, bringt sie unter der Überschrift: „Der Arbeiterklub im Kapitalistenrußland“ eine von Moskau angelegene Falschheit, die sich hauptsächlich mit den Sowjet-Verlautbarungen der Sowjet-Revolution in Rußland bezieht. Darin heißt es unter anderem wörtlich: „Allgemein sehr bekannt ist der verurteilte Arbeiterklub und die ganze Fiktion der Sowjet-Revolution. Bei allen Lügen wird behauptet, daß die Arbeiter für Frauen und Kinderarbeit in Rußland herangezogen werden. Hieraus folgt, daß für erhebliche Zeit für Arbeiter noch Sklaverei, bezugsnehmend auf nicht Genüssen im großen Maßstab werden und an einer Wiederankunft des Arbeiterklubs und der Arbeiterklubs nicht zu denken ist. Sehr bekannt ist auch das Reduzieren der Arbeiterklubs und des Betriebsklubs, deren ganzes Bestehen darauf gerichtet ist, die Arbeiter zu erziehen, um sie für den Betrieb heranzubilden, auch wenn die Arbeiterklubs der Sowjet-Revolution nicht zu denken sind und keine Sorge tragen, daß nur Arbeiter, die durch Betriebsklubs der Arbeiterklubs, die Arbeiterklubs heranzubilden, auch wenn die Arbeiterklubs der Sowjet-Revolution nicht zu denken sind.“



6 JAHRE FRIEDEN

verboten.

Auf Grund der §§ 8, Ziffer 1, 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1923 — RGBl. I Nr. 42, S. 585 — verbiete ich das Erscheinen der im Verlage „Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H.“, Berlin SW. 61, Planufer 17 erscheinenden Zeitschrift

„Der Knüppel, Satirische Arbeiterzeitung“
auf die Dauer von drei Monaten,
und zwar für die Zeit vom 31. August bis einschließlich 30. November 1924.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 22 des Gesetzes zum Schutze der Republik bestraft.
Gegen dieses Verbot ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die bei mir anzubringende Beschwerde zulässig, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

Gründe:

Der Inhalt der Nr. 5, Jahrgang II des „Knüppel“ vom 10. August 1924 bringt auf der ersten Seite ein Bild: „Am Strande der deutschen Republik“, auf dem dargestellt ist, wie eine rote Flut bewaffneter Kommunisten (rote Fahnen mit Hammer und Sichel) die Republik zu zerschlagen im Begriff ist. Die Fahnen der Republik sind zum Teil bereits geknickt.

Auf Seite 4 und 5 ist die Republik als Tod dargestellt, der auf ein Gedicht hinweist, mit der Überschrift: „Das Untier von Hannover oder der Blutsozius.“ Das Gedicht behandelt ein angebliches Zwiegespräch des Mörders Haarmann mit dem Oberpräsidenten Noske, in dem gegen dessen früheren Reichsminister die schwersten Beschimpfungen, enthalten sind.

Beide Abbildungen stellen sich als öffentliche Beschimpfungen der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform dar.

Auch das auf Seite 6 abgedruckte „Preisanschreiben“ ist nichts anderes als eine grobe Beschimpfung der Republik, ebenso wie das auf der letzten Seite veröffentlichte Bild „Das Konferenzschiff nach London“, auf dem der Herr Reichspräsident, der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaußenminister

in einem auf dem Meere schwimmenden Nachtgeschirr dargestellt sind, das ein Segel mit der Aufschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit“ trägt.

Das Verbot der genannten Zeitschrift ist daher nach Maßgabe der angeführten Gesetzesbestimmungen begründet.

Berlin, den 31. August 1924.
Der Minister des Innern
gez. Severing

L.S.
Verfügung
— II. G. 515 —

Beschwerde gegen das Verbot an den Herrn Minister des Innern.

Berlin, 10. September 1924.

Herrn Minister des Innern, Berlin!

Mit anliegender Vollmacht der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin, Planufer 17, lege ich gegen das am 6. September 1924 auf die Dauer von drei Monaten ergebene Verbot der Zeitschrift: „Der Knüppel, Satirische Arbeiterzeitung“

Beschwerde ein und beantrage
das Verbot aufzuheben.
Begründung:

Das Verbot ist ungerechtfertigt. Es ist unzutreffend damit begründet worden, daß der Inhalt der Nummer 5, Jahrgang II vom 10. August 1924 an drei Stellen gegen die Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes verstoße.

I.
Das Bild: „Am Strande der deutschen Republik“ (Seite 1) stellt nicht, wie der angefochtene Beschluß behauptet, eine rote Flut bewaffneter Kommunisten dar, die die Republik zu zerschlagen im Begriff seien, sondern eine Küstenlandschaft, gegen die sich eine ungeheure Meereswoge wie eine Sturmflut heranzogt. Der Himmel ist schwarz und von Wellenketten durchzogen.

An der Küste sieht man Personen, die mit allen möglichen Mitteln gegen die mit elementarer Gewalt heranrollende Sturmflut Dämme und Sandburgen aufzurichten im Begriff sind. Die herankommende, zur Zeit noch in einem erheblichen Abstand von der Küste sich heranziehende Springflut ist von symbolischen Arbeitergestalten umstaut. Der Meeresgisch läßt bewaffnete Arbeiterscharen erkennen, die die sieghaft unüberstehliche Naturgewalt der Arbeiterbewegung symbolisieren. Es ist also nicht richtig, daß etwa die aus dem Meeresschamm herauswachsenden Arbeitergestalten als Einzelwesenlichkeiten anzusprechen sind und daß sie etwa gar „im Begriff“ seien, die Republik zu zerschlagen.

Unrichtig ist die Begründung des Beschlusses auch insoweit, als sie behauptet, die Fahnen der Republik seien auf dem Bilde als bereits geknickt gezeichnet. Nicht bei einer einzigen der auf dem Bilde gezeichneten Fahnen trifft diese Schilderung zu. Man sieht deutlich, daß sich die Fahnenstangen unter der Wucht des der Flutwelle voranzuhastenden Sturmes, wenn auch bedrohlich, biegen.

II.
Es kann dahingestellt bleiben, ob das auf Seite 4 und 5 wiedergegebene Bild „Die Republik“ darstellt. Der Beschluß behauptet nicht, daß dieses Bild die in den §§ 1-8 des Republik-Schutzgesetzes für schutzberechtigt erklärte, verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches darstelle. Das Bild kann dies auch gar nicht haben bedeuten wollen, denn diese Figur ist mit einer Pickelhaube geschmückt, die Gestalt als kaiserliche Gewalt und monarchistische Idee symbolisiert. An dieser deutlichen Bildwirkung ändert auch nichts die Tatsache, daß sich das Simbild kaiserlicher Gewalt eine schwarz-rot-gelbe Schärpe umgibt und mit einem roten Pickelhaubenstange markiert ist.

Unrichtig ist auch, daß diese Gestalt den Tod darstelle. Sie zeigt den ausgezehrt, blutig zerfleischt, der Vergangenheit angehörenden, halb verwesenen, monarchistischen Gedanken, der mit falschen, ihm nicht zukommenden Symbolen des republikanischen Gedankens vorbrämt, in Wirklichkeit aber dem Tode verfallen ist.

Auf diese abstoßende Darstellung bezogen, kann die Unterschrift: „Die Republik“ nur eine satirische Bezeichnung mit kritischer Absicht und Wirkung gegen den monarchistischen Gedanken sein.

Auch die weitere Begründung, mit der die daneben stehenden Bilder beanstandet worden sind, ist unzutreffend. Es kommt nicht darauf an, daß der Oberpräsident Noske früher Reichswehrminister gewesen ist, denn in dieser Eigenschaft ist er in dem neben den Bildern befindlichen Dichtwerk gar nicht erwähnt oder mit in Beziehung gebracht. Es ist auch unrichtig, daß in dem Gedicht behauptet sei, der Mörder Haarmann habe mit dem Oberpräsidenten Noske selbst ein Zwiegespräch gehabt, sondern es ist ausdrücklich hervorgehoben, daß die dem Gedicht zugrunde gelegte „Moritax“ lediglich eine „Vision“ schildert, die ein Mörder wie Haarmann in seiner Zelle hätte haben können. Ihm ist nicht in der Zelle der Oberpräsident Noske in Form erschienen, sondern es heißt im Gedicht:

Plötzlich rasselte an der Tür
Und es tritt ein Geist herfür,
Wie es scheint — doch dann erweist
Er sich ohne eine Spur von Geist.
Eine Brille nur verließ
Ihm so etwas wie Genie.“

Das darauf folgende Teilbild zeigt die übliche Geistergestalt im Bettlaken.

Auch in einem weiteren Verse ist ersichtlich, daß nicht tatsächlich ein wirkliches Zwiegespräch zwischen Haarmann und Noske stattgefunden haben kann; denn jedem Leser muß es sinnfällig erscheinen, daß sich die beiden Personen nicht bei einem etwaigen Zusammentreffen mit ihrem Vornamen angeredet hätten, wie dies im folgenden Vers zum Ausdruck gebracht wird:

Gustav, auf des Bettes Kante,
Sprach: „Ich bin nicht deine Tante,
Du hast uns sehr geschädigt,
Fast sind wir durch dich erledigt.“ usw.

Aus diesem Vers geht gleichzeitig hervor, daß der frühere Reichsminister und jetzige Oberpräsident Noske in diesem Gedicht lediglich in seiner Eigenschaft als prominentes Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat angegriffen werden sollen und angegriffen ist. Falls er sich hierdurch beleidigt fühlen sollte, so mag es ihm überlassen bleiben, die ihm geeigneten erscheinenden Schritte gegenüber dem Verfasser zu tun. Keinesfalls kann aber auf einem Umwege über das Republik-Schutzgesetz versucht werden, auf den Verfasser den § 20 des Republik-Schutzgesetzes anzuwenden (vgl. die diesbezüglichen ständigen Rechtsprechungen des Staatsgerichtshofes). Hiernach ist es vollkommen unzutreffend, wenn der angefochtene Beschluß behauptet, es läge bei den erwähnten beiden Abbildungen eine öffentliche Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform vor.

III.

Völlig unsubstantiiert ist die Behauptung, das auf Seite 6 gedruckte Preisanschreiben oder das auf Seite 8 veröffentlichte Bild „Das Konferenzschiff nach London“ sei eine Beschimpfung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes. Der Beschluß sagt nicht einmal im einzelnen, durch welche Worte oder durch welche Zeichen bei dem Preisanschreiben die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform verletzt worden sein, sondern die Textstelle will mit einer, jedem Laien verständlichen Ironie sagen, daß in Deutschland hunderte von politischen Meuchelmorden gegen linksgerichtete Personen ungestraft blieben und gegen jeden, auch nur den geringsten Hochverratsverdacht aus Arbeiterkreisen Hunderte von Zuchthaus verurteilungen zu werden pflegen, während monarchistische, politische Delikte gewissermaßen als privilegiert unverfolgt bleiben und daß die deutsche Justiz für jedermann erkenntlich, nicht im Sinne und zum Nutzen des republikanischen Gedankens, sondern zu seiner Vernichtung wirkt.

Ebenso verkannt ist der Zweck als auch der Bildeindruck des auf Seite 8 abgebildeten „Konferenzschiffes“. Es kann keine Rede davon sein, daß die in dem Nachtgeschirr auf offenem Meer segelnden vier Personen etwa in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes beschimpft oder verleumdung seien und noch weniger, daß durch diese angebliche Beschimpfung oder Verleumdung die rechtmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes beschimpft oder herabgewürdigt sein solle. Wie die Zeichnung deutlich erkennen läßt, sind die vier Personen Vertreter der Sozialdemokratischen, der Zentrumspartei, der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei; mit anderen Worten, die Vertreter der Koalitionsparteien, also derjenigen Parteien, welche sich unter der Parole: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zusammengefaßt haben, um das sogenannte „Dawes“-Gutachten zum Nutzen und Besten des deutschen Volkes zur Annahme und Durchführung zu bringen. Das Bild bringt zum Ausdruck, daß ihre Parteipolitik eine unselbständige, abhängige und von dem Bankgewaltigen Morgan vollständig abhängige ist, denn man sieht auf dem Bilde Morgan als Gott der Winde, durch Blasen in das Segel, dem Schiff eine unentrichtbare Richtung geben.

Wenn einem von diesen Parteivertretern eine Kaiserkrone aufgesetzt ist (es ist nur eine ganz kleine), so kann dies nur bedeuten sollen, daß diese Partei eine allzusehr kaiserliche Politik zu führen geneigt gewesen ist.

Es geht nicht an und widerspricht dem Wortlaut, dem Sinn und Willen des Republik-Schutzgesetzes, sowie der ständigen Rechtsprechung hierzu, wenn etwa eine künstlerische Kritik eines parteipolitischen Verhaltens durch die hierfür nicht bestimmten Schutzbestimmungen des Reichs-Schutzgesetzes in Anwendung gebracht werden sollten.

Aus allen diesen Gründen ist der angefochtene Beschluß aufzuheben.

gez. Dr. Samter,
Rechtsanwalt.

Nun, Kinder, wollen wir sie dreschen! Auch ohne Knüppel.